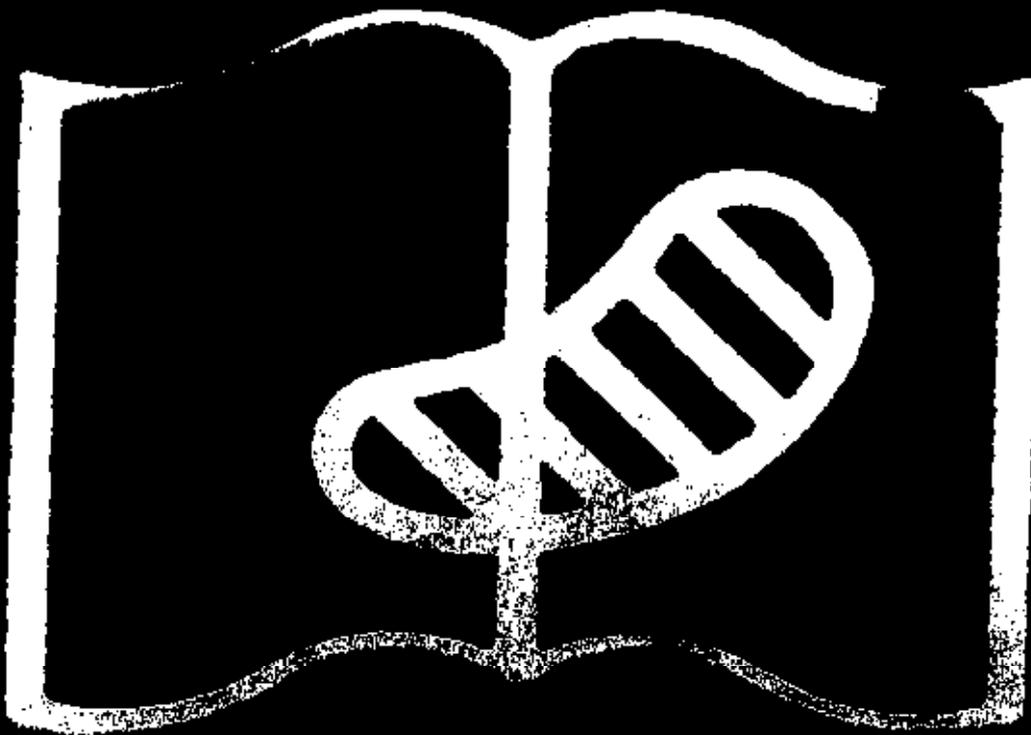


Z 9597 B

Sozialdemokratischer Pressedienst

30. Mai 1990



in abgeschlosse-
ne Jahre 1991
wichtige Etappe
in kommenden

gische Erneue-
rsmotive politi-
en Jahren. Die
die Jahrzehnte
bit in Hessen
aber neu, den
setzen.

genen Identität

und der kul-

achtigkeit und

za Fülle sozial-
erfolgreichere
werden dabei

Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand

Vertriebsweg: Druckerei
mit vollwertiger Kopie
des Originaltextes

interesses an sinnvoller Lebensgestaltung, sondern auch, um mögliche Konflikte zwischen den Generationen zu verhindern.

Wir brauchen ein auf die Wünsche der jungen und mittleren Alten ausgerichtetes Kultur- und Freizeitangebot. Kaffeefahrten und „Bunte Nachmittage“ genügen nicht. Wir brauchen aber auch Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote und die Schaffung von Möglichkeiten für junge und alte Menschen, sich gegenseitig ihren Bedürfnissen entsprechend zu helfen. Seniorenräte können hier hilfreich sein, wenn sie wirklich in alle Bereiche mitberatend und mitbestimmend einbezogen werden und nicht nur Feigenblattfunktion haben.

Wir brauchen altengerechte Wohnungen, die es gestatten, so lang wie möglich in der vertrauten Umgebung zu bleiben, dazu den Ausbau differenzierter ambulanter, teilstationärer und stationärer Dienste, die ein menschenwürdiges Altern und Sterben ermöglichen. Davon sind wir in unserer reichen Gesellschaft noch weit entfernt. Straßenbau und teure Rüstungsprojekte sind uns bislang wichtiger als die angemessene Ausbildung und Bezahlung von Pflegekräften, und hinter dem oft gehörten Ruf nach mehr Ehrenamtlichkeit verbirgt sich meist nur das Ziel weiterer Einsparung. Unabdingbar gehört zum menschenwürdigen Altern auch die gesetzliche Absicherung des Pflegerisikos im Rahmen einer versicherungsrechtlichen Lösung und die Bekämpfung der Altersarmut, von der vor allem Frauen betroffen sind.

Die Politik ist gefordert, sich des Themas „Leben im Alter“ anzunehmen und dies nicht nur unter dem Aspekt der Sozialpolitik oder der Rentenproblematik. Älter und alte Menschen werden in Kürze die größte Gruppe der Bevölkerung bilden, sie werden auch Wahlen entscheiden. Die baden-württembergische SPD plant im November eine Landesdelegiertenkonferenz mit dem Thema „Solidarität der Generationen“. Wir werden dort inhaltliche, aber auch organisatorische Vorschläge zur Seniorenarbeit der Partei vorlegen.

Wir fordern unter anderem eine eigene Arbeitsgemeinschaft der Senioren in der Partei, entsprechend der Arbeitsgemeinschaft der Frauen und der Jungsozialisten, weil nur so das Älteran in der Partei die nötige Durchsetzung gesichert werden kann. Wir hoffen auf rege Beteiligung unserer Ortsvereine, wir sind aber auch offen und dankbar für alle Anregungen aus der Bevölkerung zu diesem so wichtigen Thema, das jede und jeden von uns angeht. (-/29.5.1980/vo-he/st)

* * *

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Hans Eichel zum Regierungsprogramm der hessischen SPD: Verantwortung '91.

Seite 1

Horst Sieleff MdB zur Frage des Abtransports der C-Waffen aus Rheinland-Pfalz: Sicherheit der Bevölkerung einziges Kriterium.

Seite 3

Dokumentation:

Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, befaßt sich in der Juni-Ausgabe der „Berlin-Umschau“, mit den antisemitischen Exzessen der jüngsten Zeit in verschiedenen Ländern Europas. Wir dokumentieren diesen Artikel im Wortlaut.

Seite 4

45. Jahrgang / 102

30. Mai 1990

Verantwortung '91

Zum Regierungsprogramm der hessischen SPD

Von Hans Eichel
Vorsitzender der hessischen SPD
Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 1991

Als erste der hessischen Parteien hat die SPD den abgeschlossenen Entwurf ihres Regierungsprogramms für die Jahre 1991 bis 95 formuliert. Damit ist für die SPD eine wichtige Etappe zur Übernahme der Regierung in Wiesbaden im kommenden Jahr erfolgreich abgeschlossen.

Verantwortung '91, soziale Gerechtigkeit, ökologische Erneuerung, wirtschaftliche Stärke - dies sind die Leit motive politischen Handelns für die SPD in den kommenden Jahren. Die Sozialdemokraten wollen mit ihrem Programm an die Jahrzehnte erfolgreicher sozialdemokratischer Regierungszeit in Hessen seit Georg-August Zinn anknüpfen, gleichzeitig aber neue, den Problemen unserer Zeit angepaßte Schwerpunkte setzen.

Die SPD wird dem Land Hessen neben seiner eigenen Identität neue Akzente geben als

- Land der ökologischen Erneuerung,
- Land der Gleichstellung von Mann und Frau,
- Land sozialer Wohnungspolitik,
- Land der Zukunft für alle Generationen,
- Land der Bildungschancen, der Wissenschaft und der kulturellen Vielfalt,
- freiheitliches und waltoffenes Land,
- starke Region im Herzen Europas, soziale Gerechtigkeit und innovative Wirtschaftskraft.

Unter diesen zentralen Zielen breitet sich die ganze Fülle sozialdemokratischer Vorschläge für eine bessere und erfolgreichere Politik in Hessen aus. Besondere Schwerpunkte werden dabei sein:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl., zuzügl. MwSt und Versand.

Druckerei: Druckerei
mit moderner Astechnik
in der Rheinstraße

Arbeitsplätze: Besonders prekär ist die Lage der Langzeitarbeitslosen. Ein gezieltes Schwerpunktprogramm auf Landesebene soll neue, qualifizierte Beschäftigungsfelder schaffen. Bund, Land und Kommunen müssen gemeinsam und gezielt handeln.

Wohnungsbau: Der öffentlich geförderte Wohnungsbau soll verdoppelt werden, der Mieterschutz verbessert und der Mietanstieg gebremst werden.

Familien: Der Rechtsanspruch jeden Kindes auf einen Kindergartenplatz soll endlich verwirklicht werden.

Frauen: Mit einem Frauenministerium soll die Gleichstellung von Mann und Frau mehr politisches Gewicht erhalten.

Altenpolitik: Mit einem Sonderprogramm geht es endlich an die Sanierung und den Neubau von Altenpflegeheimen, und die Ausweitung der ambulanten Altenhilfe.

Trinkwasser: Als Lebenselixier und deshalb besonders zu schützendes Gut wird die SPD ein Trinkwasserschutzprogramm umsetzen, das neben der Verminderung der Umweltbelastung auch eine generelle Verringerung des Wasserverbrauchs vorsieht.

Verkehr: Ernst gemacht werden soll nach den Vorstellungen der SPD mit dem Vorrang für den öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehr, lokale und regionale Nahverkehrsabgaben sollen auf diesem Weg kein Tabu sein.

Bürgernähe Politik: Den Gemeinden, Städten und Landkreisen soll mehr politischer Handlungsspielraum gegeben werden, politische Entscheidungen sollen sach- und bürgernäher werden, die Eigenverantwortung wachsen.

Neben diesen Schwerpunkten aber legt die SPD mit ihrem Programm Antworten auf alle zentralen hessischen Fragen vor. Denn selbstverständlich wird die SPD auf allen hessischen Politikfeldern, etwa im Bereich der Abrüstungsbemühungen und ihren Folgen, ihrer Meinungsführerschaft in der hessischen Bevölkerung gerecht werden.

Gleichzeitig ist für Nordhessen ein zusätzliches Schwerpunktprogramm geplant, das die SPD separat vorstellen wird, um den besonderen Problemen und Bedürfnissen dieser Region Rechnung zu tragen.

Insgesamt hat die SPD nun den Grundstein für ein erfolgreiches Abschneiden bei den kommenden Landtagswahlen gelegt. Das Programm, an dem 150 Fachleute außerhalb und innerhalb der SPD über eineinhalb Jahre mitgearbeitet und gefeilt haben, und das von elf Foren mit bis zu 300 Teilnehmern begleitet wurde, wird nun in den Untergliederungen der Partei diskutiert, um dann auf einem Landesparteitag der hessischen SPD am 15. September 1990 in Offenbach in seiner endgültigen Fassung verabschiedet zu werden. Mit ihrem „Verantwortung 91“-Regierungsprogramm demonstriert die SPD deutlich, daß sie in Hessen nicht nur die Regierungsverantwortung anstrebt, sondern daß sie auch bereit ist, diese Verantwortung erfolgreich zu tragen.

(-/30.5.1990/va-ha/rs)

* * *

Sicherheit der Bevölkerung einziges Kriterium

Zur Frage des Abtransports der C-Waffen aus Rheinland-Pfalz

Von Horst Siefaff MdB

Die derzeitige Debatte um Art und Termin des C-Waffenabzugs aus Rheinland-Pfalz ist von parteipolitischen Eitelkeiten geprägt, die der hochbrisanten Sache, um die es geht, in keiner Weise angemessen ist.

Die von den angesehenen Umweltorganisationen Greenpeace und BUND (Saarland) aufgestellte Forderung, den sichersten Weg der C-Waffenvernichtung zu wählen, und der sei die Vernichtung vor Ort, muß ernst genommen werden. So hatten auch amerikanische Studien (die letzte vom Januar 1988: FPEIS), bei einer Abwägung des Gefährdungspotentials unterschiedlicher Art der C-Waffenvernichtung in den USA, die Vernichtung an den jeweiligen Lagerorten als die am wenigsten gefährlichste aller diskutierten Alternativen angesehen.

Alle Beseitigungsstrategien, die mit dem Transport von Kampfstoffen und Munition verbunden seien, würden - so die Studien, die offenbar gründliche, breit diskutierte Arbeiten sind - ein weit höheres Gefährdungspotential aufweisen.

Das Entscheidende ist, daß wir ebensolche Gutachten, die auf wissenschaftlicher Grundlage eine Gefahrenabschätzung der verschiedenen Vernichtungsarten untersuchen, auch für den Abzug der 435 Tonnen Giftkampfstoffe aus Rheinland-Pfalz brauchen. Eine solche Grundlage gibt es bisher nicht. Das ist verantwortungslos und blauäugig angesichts der möglichen Gefahren.

Bundesverteidigungsministerium und rheinland-pfälzische Landesregierung sind aufgefordert, statt markiger Worte endlich die Voraussetzungen zu schaffen, Unfälle bei der Vernichtung beziehungsweise dem Abtransport weitestgehend auszuschließen. Bei der Beseitigung von Waffen wie den Giftgasgranaten reicht gesunder Menschenverstand nicht aus. Abgesicherte Kenntnisse sind erforderlich. Man kann sich vorstellen, daß Greenpeace und BUND bereit und in der Lage sind, wissenschaftliche Kapazität dafür der Landes- und Bundesregierung zur Verfügung zu stellen.

Ich kann mir aber auch nicht verkneifen darauf hinzuweisen, daß es eine gewisse Logik hat, die Gefahren für die Bevölkerung, die von C-Waffen-Lagern im Tieffluggebiet ausgehen, jahrelang zu bagatellisieren und heute - wie die Minister Geil (CDU) und Brüderle (FDP) - den sofortigen Abzug, ohne Rücksicht auf Verluste, zu fordern.

(-/30.5.1990/va-he/rs)

DOKUMENTATION
=====**Heinz Galinski: Kreise, die der Haß zieht**

Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, befaßt sich in der Juni-Ausgabe der „Berlin-Umschau“, des Nachrichtenblattes der Jüdischen Gemeinde seiner Stadt, mit den antisemitischen Exzessen der jüngsten Zeit in verschiedenen Ländern Europas. Wir dokumentieren diesen Artikel im Wortlaut.

Mit Genugtuung merken wir seit Monaten, wie Europa wieder zusammenwächst. Wir freuen uns über das von Moskau ausgegangene oder zumindest zugelassene Zusammenfallen des Kartenhäuschens mit dem Namen „Real existierender Sozialismus“, freuen uns über die Freiheit, die Einzug hält in die bisherigen Scheinvolksvertretungen in den osteuropäischen Metropolen, freuen uns über die Öffnung der Grenzen und den zu erwartenden kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Und mitten in dieser Freude vernehmen wir Klänge, die uns nicht nur irritieren, sondern auch besorgt, ja manchmal entsetzt machen, obwohl sie uns eigentlich nicht überraschen sollten.

Diese Klänge kommen aus Polen gleichermaßen wie aus Italien, aus Ungarn oder aus der Ukraine wie aus Frankreich, ja, in den heutigen Tagen vor allem aus der kleinen, wenn auch uralten südfranzösischen Gemeinde Carpentras. Sollte der Judenhaß zum Grundstein des gemeinsamen Hauses Europa werden? Sollte der neue gesamteuropäische Konsens auf der alten antisemitischen Basis errichtet werden? Worauf deuten die Zeichen der Zeit tatsächlich hin?

Die Untat von Carpentras wirft in dieser Hinsicht viele Fragen auf, aber liefert auch einige Antwortvorschläge. Es ist zunächst einmal die unsägliche Barbarei, die Perversion und die Verachtung der Menschlichkeit, was an der Leichenschändung in diesem kleinen Ort in der Nähe von Avignon auffällt. Man erinnert sich an einen ähnlichen Schock, der uns nach dem 9. November 1938 erfaßte: in Kischinew, in Bialystok oder in Kiew - da hätte man sich Pogrome vorstellen können, aber in Berlin und Weimar?

Bis zu dem Auftauchen des Nationalsozialismus im „Dritten Reich“ konnte die Legende genährt werden, der brutale, Hab, Gut und Leben bedrohende Antisemitismus sei in Osteuropa beheimatet, in den „zivillisierten“ Ländern des Westens trete er allenfalls in einer „kultivierten“, theoretisierenden und man könnte fast sagen salonfähigen Form zum Vorschein. Seit Auschwitz wissen wir es besser und seit Carpentras müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß auch andere Länder als Deutschland vor dem Wiederaufflammen der Barbarei nicht grundsätzlich gefeilt sind.

Es ist das Ausmaß der Schrecklichkeit, das an dieser Tat aus diesem Land schockiert, nicht die Tatsache selbst und die Stoßrichtung. Steigender Antisemitismus, Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit kündigen sich nämlich in Frankreich seit geraumer Zeit, seit mehreren Jahren an. Nicht nur die Anwesenheit der Le Pen-Isten im französischen und europäischen Parlament, sondern und vor allem ihre Breitenwirkung - das offizielle und ungehinderte Kolportieren der „Protokolle der Weisen von Zion“ beispielsweise - weisen darauf hin, daß hier wieder eine demagogische Ideologie, die Haß und Intoleranz zu ihrem Prinzip erhoben hat, im Begriff ist, Positionen im politischen und gesellschaftlichen Leben zu erobern. Dabei müßte die erste Reaktion, die die Schändung in Carpentras in Frankreich hervorgerufen hat, als ein Beispiel und Vorbild angesehen werden: sowohl der Umfang des Protestes als auch die Teilnahme der höchsten Vertreter des Staates sind dazu angetan, denjenigen, die von den Demagogen als Zielscheibe ihres Hasses ausgesucht wurden, die volle Solidarität angedeihen zu lassen.

Und was geschieht in Osteuropa? Vordergründig mag die Tatsache eine Erklärung für die neue Verbreitung des Antisemitismus liefern, die Regime der Unterdrückung hätten aus ideologischen Gründen Rassenhaß unter Strafe gestellt und den Antisemitismus sozusagen zum staatlichen Monopol erklärt: genehm wenn er als Antizionismus getarnt vom Staat und Partei verkündet und praktiziert wird, verpönt hingegen als spontaner Ausbruch der primitiven Volksgefühle. In diesem Zusammenhang wäre dann die heute aufgetretene Welle als eine vielleicht vorübergehende Begleiter-

scheinung der Befreiung zu werten, als eine kurze Explosion der angestauten Energie, die alles ehemals Verbotene betrifft. Im übrigen ist es auch heute noch vielfach der Antizionismus, den die Antisemiten als Tarnkappe gebrauchen, wenn die Seite Israels innerhalb des Nahostkonflikts mit einer beispiellosen Einnägigkeit und unqualifiziert in den Medien abgeurteilt wird.

Manche versuchen eine andere Erklärung in gezielten Provokationen der entmachteten Eliten zu suchen, in Höflichkeit der Angehörigen der gestern noch allmächtigen und heute in Auflösung begriffenen Sicherheitsapparate. Jedes Mittel - so die Befürworter dieses Erklärungsmusters - sei den Feinden der Wende recht, um die neu entstehenden Strukturen mit Chaos und Destruktion zu belasten. Das mag ein Aspekt dieses besorgniserregenden Phänomens sein, gibt aber weder eine generelle Erklärung noch die Möglichkeit, dieser Tendenzen Herr zu werden.

Unter spezifisch deutschen Bedingungen meinen viele den Grund in der bevorstehenden Vereinigung beider deutschen Staaten zu erkennen, und hier muß die bittere Frage gestattet werden - warum eigentlich? Wie kommt es, daß jene, die sich jahrzehntelang weigerten, sich zu erinnern, jene, die vergessen wollten, jene, die von Schlußstrichen träumten und in den letzten Jahren immer mehr auch sprachen - daß gerade jene in Anbetracht der neuen deutschen Einheit ihr Gedächtnis wiederentdecken, daß sie wieder beginnen, sich an das zu erinnern, woran wir die Erinnerung über all die Jahre bewahrt haben, allein daß sie sich offensichtlich mit Wonne an das erinnern wollen, was uns Schmerz verursacht?!

Diese und ähnliche Fragen sind es, die unsere Freude an den augenblicklich in Deutschland verlaufenden Prozessen zuweilen trüben, in denen die Ursache zu finden ist für unsere Besorgnis auch über manche Entwicklungen in der DDR. Wir zweifeln nicht an dem guten Willen der wohlgemeinten Erklärungen, die bereits abgegeben wurden - aber mit Erklärungen allein kann man es nicht bewenden lassen.

Besonders beunruhigend wirkt auf uns die Tatsache, wieviele junge Menschen es sind, die dem Lockruf der Demagogen erliegen. Worauf mag es zurückzuführen sein, daß Menschen, die angesichts der Dezimierung unserer Gemeinschaft kaum Juden kennen, die in einem Land aufgewachsen sind, in dem Juden kaum nennenswerten Einfluß im öffentlichen oder wirtschaftlichen Leben ausüben, daß sich solche junge Menschen überzeugen lassen, Juden seien an allen ihrem sozialen Mißgeschick schuld? Wo waren die Kirchen, als diese jungen Menschen in die Gesellschaft hineinwachsen? Hat hier die Schule versagt, hat das Elternhaus bewußt oder unbewußt Grundlagen für Intoleranz gelegt, ist die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit für diese erschreckende Erscheinung verantwortlich zu machen?

Die hier aufgeworfenen Fragen sind wohl insgesamt viel zu komplex, als daß man sie mit einem prägnanten Satz beantworten könnte. Aber am nächsten kommen wir wahrscheinlich der Antwort mit der Feststellung, daß ganz Europa heute die Zeit eines politischen Umbruchs, einer Umstrukturierung erlebt, und daß Zeiten des Umbruchs immer ein Element der Unsicherheit beinhalten. Politische und wirtschaftliche Unsicherheit war unterdessen schon immer der Nährboden für Angst, und Angst gebiert Aggression. Daß sich die Aggression aus Unsicherheit an Juden entlädt, ist leider eine Erkenntnis, die sich wie ein roter Faden durch die jüdische Geschichte zieht, ob wir es nun zu erklären vermögen oder nicht.

So wichtig aber auch das Stellen der richtigen Diagnose sein mag, sein wahrer Wert beruht auf der Bestimmung der richtigen Therapie. Dabei stellt die Krankheit, die den Körper der europäischen Gesellschaft zu befallen droht, nur auf den ersten Blick für die Juden allein eine existenzielle Gefahr dar. Die Menschen würden gut daran tun, sich an die traurigen und wahren Worte des Pastors Niemöller von der Bekennenden Kirche zu erinnern:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Wir sind uns dessen bewußt, daß restriktive Maßnahmen allein, daß Gesetze und Polizeigewalt keine angemessene Antwort auf Antisemitismus, Rassenhaß und Rechtsradikalismus sind und sein können. Aber da, wo die Demokratie durch Versäumnisse ihre Anhänger verloren hat, wo sie auf erklärte Feinde stößt, muß sie sich auch mit Mitteln des Gesetzes und der staatlichen Gewalt schützen, wenn sie sich selbst und den gesellschaftlichen Frieden nicht aufgeben will. Das lehrt uns die historische Erfahrung hierzulande mehr als woanders.

Die wichtigste Antwort auf die Bedrohung der Intoleranz ist indessen - die Gesellschaft als Ganzes in Verantwortung zu nehmen, und die Gesellschaft - das sind letztendlich wir alle. Daher ist es notwendig, daß sich jeder von uns mehr denn je für seinen Mitmenschen verantwortlich fühlt, daß innerhalb der Gesellschaft eine Atmosphäre der moralischen Solidarität entsteht. Daß wir das Wegsehen angesichts ausgeübten Unrechts für unmoralisch erklären. Daß wir jenen, die die Ausschreitungen verursachen, nicht die Bühne überlassen und diejenigen, die ihnen zum Opfer fallen, nicht im Stich lassen.

Vor der Vernichtung der 30er und 40er Jahre kam die Versklavung, davor der Raub, vor ihm die Entrechtung, noch davor die Ausgrenzung und Isolierung, und am Anfang stand die Hetze. Nun, wir sollten uns die Worte „Wehret den Anfängen!“ in ihrem buchstäblichen Sinne zu Herzen nehmen. Wir müssen die Hetze, die heute europaweit in gewissen Kreisen entfacht wird, überall dort bekämpfen, wo sie anzutreffen ist. Und wir dürfen nicht zulassen, daß sie zur Ausgrenzung und Isolierung führt - ob es nun die Juden, die Ausländer oder sonst irgendeine Gruppe betrifft, die sich die neuen Demagogen in ihrer Suche nach Sündenböcken zum Ziel gewählt haben.

(-/-/30.5.1990/va-he/rs)